

## Bericht

des Petitionsausschusses zu den Beschlüssen des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025

Der Petitionsausschuss hat sich in der Sitzung vom 22. April 2026 mit den Beschlüssen des Jugendlandtages 2025 befasst.

Abg. Auer bedankt sich bei den Teilnehmenden des Salzburger Jugendlandtages 2025 und führt nach Aufruf des Beratungsgegenstandes und Antragstellung aus, dass der Salzburger Jugendlandtag die politische Teilhabe und Unterstützung politischer Initiativen von Jugendlichen zum Ziel habe. Die Themenbereiche umfassten die gesamte Vielfalt der Anliegen junger Menschen in Salzburg, von Bildung und Gesundheit über Verkehr bis zur Landwirtschaft. Wichtig sei die Demokratiebildung, indem junge Menschen in politische Entscheidungen einbezogen würden und deren Ideen in die Arbeit der Salzburger Landesregierung einfließen sowie die aktive Mitbestimmung durch die Teilnahme an Sitzungen und direkter Beteiligung an Entscheidungsprozessen. Der Salzburger Jugendlandtag sei damit eine nicht mehr wegzudenkende Plattform für die politische Teilhabe junger Menschen im Land Salzburg. Die Jugendlichen seien per Zufallsgenerator aus allen Landesteilen ausgewählt worden. Nach einem einführenden Workshop zum Thema „Dein Leben und die Politik“ am 10. Oktober 2025 seien eine Woche später im Landesberufsschülerheim Hallein mit Unterstützung von Expertinnen und Experten über zwei Tage hinweg Anträge zu Themen formuliert worden, die Salzburger Jugendliche beschäftigten. Die Abg. Egger-Kranzinger und Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA hätten mit ihm daran teilgenommen und Arbeitsgruppen begleitet. Entgegen der oft behaupteten Politikverdrossenheit der Jugend sei dort spürbar positive Energie vorherrschend gewesen, die Themen seien mit Leidenschaft und Ausdauer demokratisch erarbeitet und zu Papier gebracht worden. Am Sitzungstag des Jugendlandtages am 11. November 2025 im Sitzungssaal des Landtags unter der Leitung von Landtagspräsidentin Dr.<sup>in</sup> Pallauf hätten die Mitglieder der Landesregierung Fragen der Jugendlichen beantwortet, gemeinsam seien demokratische Anträge eingebracht worden, über die nun im Salzburger Landtag beraten werde. Abg. Auer bedankt sich bei allen, die ihre Zeit und Freizeit investiert hätten, um Begeisterung für Politik zu zeigen, gelebte Demokratie bei Jugendlichen zu wecken und weiterzuentwickeln.

Landesrat Aigner verleiht in seinem Bericht eingangs seiner Freude über die aktive Beteiligung der Jugendlichen am demokratischen Leben in Salzburg Ausdruck. Es sei erfreulich, dass junge Leute bereit seien, Verantwortung zu übernehmen und mitzuwirken, anstatt vielleicht daheim zu sitzen und irgendein Social Media Posting zu schreiben. Der Weg der Demokratie und des Kompromisses sei nicht immer einfach, aber der richtige. Die jüngere Geschichte Europas zeige, was passiere, wenn zu wenig miteinander geredet werde. Der Weg der

Demokratie könne deshalb niemals zu früh beschränkt werden, man sei nie zu jung, um Verantwortung zu übernehmen, um Teil der Veränderung zu sein. Als Angehöriger der Generation Z mit Jahrgang 2000 bedanke er sich für die mutige und laute Stimme der Teilnehmenden, die für andere Jugendliche, die diese Sitzung mitverfolgten, inspirierend und motivierend sei, diesen mutigen Schritt in Zukunft ebenfalls zu gehen. Alle Fraktionen seien an diesem Tag anwesend gewesen, um die Stimme der Teilnehmenden zu hören, die damit Teil des Salzburger Landtags sei. Landesrat Aigner verleihe weiters seinem Wunsch Ausdruck, die Freude über die Teilnahme möge durch einen ehrenvollen und würdigen Umgang mit dieser Möglichkeit begleitet sein, denn es handle sich um Macht, mit der bewusst umgegangen werden solle.

Zu Antrag 1 des Salzburger Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Anna Loidolt und Flora Altenberger betreffend Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen fordert Themengruppensprecherin Anna Loidolt dazu auf, sich einen Nachhauseweg vorzustellen. Es sei dunkel, die Straßen leer, hinter einem Schritte, das Herz klopfe. Es werde nach dem Handy gegriffen, um sich sicher zu fühlen. Fast alle Frauen und Mädchen würden diese Situation kennen und genau das sei das Problem. Im März 2021 hätten 80 % der Frauen in Salzburg angegeben, dass sie sich nachts unsicher fühlten. Dies sei keine Randerscheinung, sondern Realität, die alle betreffe, weil sie zeige, dass die Gesellschaft bei den Themen Sicherheit und Gleichberechtigung noch lange nicht dort sei, wo sie sein sollte. In Niederösterreich gebe es bereits ein einfaches aber wirkungsvolles Heimwegtelefon. Frauen und Mädchen könnten anrufen, wenn sie sich auf dem Heimweg unwohl fühlten. Jemand höre zu und begleite sie telefonisch, bis das sichere Zuhause erreicht sei. Im Notfall werde sofort Hilfe geholt. Dieses Angebot gebe Sicherheit, Selbstbestimmung und das Gefühl, nicht allein zu sein. Gefordert würden außerdem Frauentaxis, die ausschließlich von Frauen gefahren würden und für Frauen gedacht seien. Viele würden die Erfahrung kennen, dass der Fahrer unangenehme Bemerkungen mache und persönliche Fragen stelle, Umwege fahre. Auch wenn nichts sei, bleibe das Gefühl, ausgeliefert zu sein. Ein Frauentaxi sei keine Diskriminierung, sondern ein Schutzraum und ein Angebot von Frauen für Frauen. Es gehe nicht darum, Männer auszuschließen, sondern Frauen die Wahl zu geben, sich sicher fühlen zu können und selbst zu entscheiden, wem sie nachts ihr Vertrauen schenken. Es stelle sich die Frage, warum es das in Salzburg noch nicht gebe. Gefordert werde daher ein Heimwegtelefon für Salzburg nach dem Vorbild anderer Bundesländer, aber angepasst an die Region, Menschen und Bedürfnisse in Salzburg, die Einführung von Frauentaxis von Frauen für Frauen, für einen sicheren Nachhauseweg ohne Angst und schließlich Sichtbarkeit des Angebots in Clubs, auf Frauentoiletten, an Bushaltestellen, auf Social Media und in Schulen. Sicherheit dürfe kein Geheimtipp sein, Sicherheit sei kein Luxus oder Extraservice. Sicherheit sei ein Grundrecht. Das Thema sei nicht Schutz, sondern Freiheit, die Freiheit, sich zu bewegen, abends nach Hause zu gehen ohne Angst und Frau zu sein, ohne ständig auf der Hut sein zu müssen. Anstatt Frauen Verhaltensratschläge zu erteilen, müsse die Gesellschaft Strukturen schaffen, die Sicherheit ermöglichen, ohne Schuldumkehr, ohne Angst und ohne Einschränkung. Wenn Salzburg Tourismus, Verkehr und Technologie fördern könne, dann auch die Sicherheit von Frauen. Es handle sich um ein Gesellschaftsthema. Wenn Frauen sich nicht sicher bewegen könnten, sei das keine individuelle Sorge, sondern ein

demokratisches Problem, denn Sicherheit bedeute Teilhabe. Nur wer sich sicher fühle, könne frei leben und gleichberechtigt teilnehmen.

Abg. Egger-Kranzinger hebt für die SPÖ die gelebte politische Teilhabe der Jugendlichen hervor, deren Engagement, Mut und Herzblut als vorbildlich zu bezeichnen seien. Der Jugendlandtag sei gelebte politische Teilhabe, vor der der Hut zu ziehen sei. Ein Engagement mit dem Ziel, etwas zum Besseren zu verändern, erfordere nicht nur Mut, sondern auch Herzblut und Engagement. Den Teilnehmenden sei daher für die Wahrnehmung dieser Chance zu danken. Themen wie Sicherheit, Verkehr, politische Teilhabe und psychische Gesundheit kehrten Jahr für Jahr in den Anträgen des Jugendlandtages wieder. Antrag 1 zum Heimwegtelefon könne seitens der SPÖ-Fraktion aus voller Überzeugung unterstützt werden. Zu verweisen sei auf die parlamentarische Vorarbeit der Abg. Mag.<sup>a</sup> Brandauer. Die Bedeutung der nächtlichen Sicherheit besonders für junge Frauen, aber nicht nur für diese, werde unterstrichen, ebenso die Notwendigkeit von Sensibilisierung, insbesondere bei jungen Männern, Zivilcourage zu zeigen und hinzuschauen. Abg. Egger-Kranzinger kündigt für die SPÖ einen Entschließungsantrag an.

Für die GRÜNEN berichtet Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA, sie habe vor 30 Jahren im Frauenbüro des Landes zu arbeiten begonnen, sei Frauenpolitikerin und der vorliegende Antrag betreffe eines ihrer Herzensthemen. Das wiederkehrende Thema Prävention vor Gewalt, Sicherheit für Mädchen und Frauen sei erfreulicherweise immer mit gemeinsam getragenen Beschlüssen verbunden gewesen und durch ein Zusammenstehen gegen jede Form von Gewalt gegen Mädchen und Frauen gekennzeichnet gewesen. Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA bedankt sich für die Ausführungen der Themengruppensprecherin, die die Themen sehr gut aufzeige, mit denen Mädchen und Frauen unabhängig vom Alter konfrontiert seien. Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA berichtet, sie kenne die Situationen vom nächtlichen Heimweg mit Angst über das Seitenwechseln der Straße bis hin zu unangenehmen oder bedrohlichen Situationen in Taxis, etwa durch Werbung für Prostitution. Die Antragstellerin habe diese Realität klar benannt, verbunden mit der kritischen Frage, warum es entsprechende Angebote in Salzburg noch nicht gebe. Zu erinnern sei an die Bemühungen vor rund 15 Jahren von Stadt und Land für ein Heimwegtelefon, die mangels politischer Mehrheiten und Finanzierung gescheitert seien. Mit der aktuellen Initiative wachse die Hoffnung, dass nun alle Parteien gemeinsam Mittel bereitstellten und das Projekt umsetzen. Im Sinne von Demokratie und Kompromiss sollten die Anträge der Fraktionen gebündelt werden. Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA kündigt einen Entschließungsantrag an und erläutert diesen dahingehend, dass dieser drei Schwerpunkte habe, erstens die Prüfung eines landesweiten Heimwegtelefons für Mädchen und Frauen auf Basis erprobter Modelle, etwa Niederösterreich, und unter Einbindung von Akzente Salzburg sowie des Landesjugendbeirats zur Informationsverbreitung, zweitens Gespräche mit den zuständigen Berufsgruppen, ua. in der Wirtschaftskammer, um sichere Heimfahrangebote für Frauen und Mädchen zu forcieren, insbesondere frauenspezifische Angebote wie Frauentaxis mit Fahrerinnen und drittens Bewusstseinsbildung und Sensibilisierung von Männern zur Stärkung der Zivilcourage, in Kooperation mit Verkehrsunternehmen durch Informationen in Bussen, Zügen und an Haltestellen. Zu verweisen sei auf bestehende Aktionen, etwa im Rahmen der „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“.

Abg. Auer weist darauf hin, dass jede Landtagspartei versuche, Anliegen des Jugendlandtags für die Jugendlichen umzusetzen, nur habe auch jede Landtagspartei einen anderen Zugang, dadurch gebe es auch verschiedene Entschließungsanträge. Dies ändere nichts daran, dass dieser Antrag des Jugendlandtags umgesetzt werden solle, nur der Weg unterscheide sich. Abg. Auer kündigt für die ÖVP ebenfalls einen Entschließungsantrag an.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd bedankt sich für die KPÖ PLUS bei den Teilnehmenden am Salzburger Jugendlandtag 2025 für den beratungsgegenständlichen Antrag. Sie könne sich noch an den vorangegangenen Jugendlandtag erinnern und an die differenzierten Debatten und die intrinsische Motivation aus der eigenen Lebensrealität, die auch an dem beratungsgegenständlichen Antrag erkennbar sei. Es sei sehr klar geschildert worden, wie es sich als Frau anfühle, nachts allein nach Hause zu gehen, eine Erfahrung, die wohl nahezu alle Frauen, aber kaum Männer teilten. Es gebe einfach Unterschiede, wie Frauen und Männer sich durch die Gesellschaft und die Welt bewegten. Daraus ergebe sich der Auftrag an die Politik, präventiv tätig zu werden und zugleich verlässliche Unterstützungsangebote bereitzustellen, wenn etwas passiere. In Salzburg gebe es Beratungsangebote wie Frauennotruf, Gewaltschutzzentrum und Frauenberatungsstellen, die Bekanntheit fehle jedoch. Notwendig sei eine proaktive Information, damit jede Frau und jedes Mädchen wisse, wohin sie sich wenden könne. Bei der Bewusstseinsbildung von Männern sei nicht nur Eingreifen in akuten Situationen wichtig, sondern vor allem ein Verhalten, das gar nicht erst Angst oder Bedrängnis auslöse, etwa das Bewusstsein, dass dichtes Nachgehen für Frauen unangenehm sein könne, das passiere viel zu wenig. Angeregt werde, diese Sensibilisierung in Schulen und Jugendverbänden zu verankern, um das Thema auf einer zwischenmenschlich guten Ebene zu bearbeiten. Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd kündigt an, für die KPÖ PLUS keine eigenen Entschließungsanträge einzubringen, um einer „Antragsschlacht“ vorzubeugen. Aus den verschiedenen Anträgen solle ein mehrheitsfähiges Paket geschnürt werden. Im Haus gebe es zwar Sensibilität für Gewaltschutz, aber zu klären bleibe, ob die strukturellen Vorbedingungen von Gewalt und Übergriffen ausreichend verstanden würden.

Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA weist für die FPÖ darauf hin, dass es im beratungsgegenständlichen Antrag konkret um ein sicheres Nachhausekommen für Frauen und Mädchen gehe. Die FPÖ als Sicherheitspartei unterstütze diese Idee so wie jede andere Idee, die die Sicherheit, aber auch das Sicherheitsgefühl stärkten. Die Punkte des Antrags des Jugendlandtags, das Sichtbarmachen von Gewaltschutzangeboten oder ein speziell geschultes Heimbring-Taxi würden unterstützt.

Zu Antrag 1 des Salzburger Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Anna Loidolt und Flora Altenberger betreffend Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen bringt Abg. Auer für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. den Fachverband für das Beförderungsgewerbe mit Pkw der Wirtschaftskammer Salzburg zu ersuchen, eine Prüfung der Umsetzbarkeit der vorgeschlagenen Maßnahmen zum Frauentaxi anzustellen;
2. gemeinsam mit Lokalbetreibern bestehende Kampagnen zur Sichtbarmachung von Gewaltschutzangeboten stärker zu bewerben;
3. sich für eine österreichweit einheitliche Lösung eines Heimwegtelefons auf Bundesebene einzusetzen.

Zu diesem Entschließungsantrag verlangt Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA die punktweise Abstimmung gem. § 51 Abs 1 letzter Satz GO-LT. Der Entschließungsantrag wird hinsichtlich Punkt 1. und Punkt 2. einstimmig und hinsichtlich Punkt 3. mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - angenommen.

Zu Antrag 1 des Salzburger Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Anna Loidolt und Flora Altenberger betreffend Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen bringt Abg. Egger-Kranzinger für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. nach dem Vorbild von Niederösterreich, gemeinsam mit der ÖBB und Salzburg Verkehr (SVV) sowie unter Einbindung möglicher Kooperationspartner (zB Polizei, Caritas, Sicherheitsdienste oder bereits bestehenden Heimwegtelefonanbietern in anderen Bundesländern) ein Pilotprojekt „Heimwegtelefon Salzburg“ zu entwickeln,
  - 1.1. die Hotline ab Einbruch der Dunkelheit bis 5 Uhr früh nach dem niederösterreichischen Modell zu betreiben,
  - 1.2. eine begleitende Informationskampagne zur Bekanntmachung des Angebots an Bahnhöfen, Haltestellen und online zu starten,
  - 1.3. nach einjähriger Pilotphase eine Evaluierung vorzunehmen und gegebenenfalls auf weitere Bahnhöfe und Bezirke auszudehnen;
2. gemeinsam mit den Salzburger Taxiunternehmen ein Projekt Frauentaxis mit Fahrerinnen zu etablieren sowie
3. breit angelegte Informationskampagnen kombiniert mit Bewusstseinsarbeit bei Männern zu starten, damit Verantwortung und Zivilcourage selbstverständlich werden.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Zu Antrag 1 des Salzburger Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Gleichberechtigung aller Geschlechter“, Anna Loidolt und Flora Altenberger betreffend

Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen bringt Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA für die GRÜNEN folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, für die Sicherheit für Frauen und Mädchen beim Nachhausekommen

1. zu prüfen, wie auf Grundlage von Erfahrungen bereits etablierter Angebote (zB in Niederösterreich) im Bundesland Salzburg ein landesweites Heimwegtelefon für Mädchen und Frauen eingerichtet werden kann und akzente Salzburg sowie den Landesjugendbeirat zu ersuchen, in ihren jeweiligen Wirkungsbereichen die Infos zum Heimwegtelefon zu verbreiten;
2. durch Gespräche mit der zuständigen Berufsgruppe (Beförderungsgewerbe mit Pkw) Möglichkeiten sicherer Heimfahrangebote für Frauen und Mädchen zu forcieren, insbesondere frauenspezifische Angebote wie etwa Frauentaxis, die ausschließlich von Frauen gelenkt werden;
3. sich bei Verkehrsunternehmen (insbesondere beim SVV und den Salzburger Linien) für mehr Sicherheit im Öffentlichen Verkehr und zur Stärkung der Zivilcourage einzusetzen, zum Beispiel durch Infos in Bussen und Zügen oder mit Plakaten bzw. Bildschirmen an den Haltestellen oder in Stationen.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Clara Breinlinger, Maria Schneider, Franz Fossl, Clemens Dürauer, Catharina Hartl, Theresa Hofer, Hanna Daxer und Azra Evli betreffend Inkludierung der Jugend in politische Prozesse stellt Themengruppensprecher Franz Fossl zu Beginn die Frage, wie oft Jugendliche wirklich gefragt würden, bevor Entscheidungen getroffen würden, die sie betreffen. Über zentrale Zukunftsthemen wie Bildung, Klima, Mobilität und Digitalisierung werde häufig ohne echte Einbindung der Jugendlichen entschieden. Oft blieben ihnen nur Zuhörerrollen, obwohl sie die Folgen tragen müssten. Ziel des Antrags sei, Jugendliche zu aktiven Mitgestalterinnen und Mitgestaltern politischer Prozesse zu machen. Vorgesehen seien vier Maßnahmen, erstens Workshops zur politischen Bildung in der 9. Schulstufe mit Raum für Diskussion, Begegnung und Fragen, um Funktionsweisen von Politik zu verstehen und verändern zu können, zweitens Jugendparlamente in jedem Salzburger Bezirk mit echtem Budget für selbstgewählte und umgesetzte lokale Projekte, die politische Erfahrung, Beteiligung sowie Stolz und Motivation förderten, drittens die Direktwahl der Landesschülerinnen- und -schülervertretung durch alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe II statt nur durch Schulsprecherinnen und Schulsprecher als gelebte Demokratie von Anfang an und viertens ein Jugendlandtag für junge Erwachsene zwischen 20 und 25 Jahren, da politisches Interesse nicht mit dem Schulabschluss ende. Demokratie setze Mitwirkung voraus und frühe positive Beteiligung stärke politische Aktivität im Erwachsenenalter, während fehlende Chancen Politikverdrossenheit begünstigten. Der Antrag werde als Investition in eine verantwortungsbereite Generation

verstanden, die sich in vielfältigen Themenbereichen engagieren wolle. So sei es etwa schade, wenn, wie beim vorangegangenen Antrag, Verantwortung an den Bund abgeschoben werde, anstatt dass Salzburg selbst ein Zeichen setze und Verantwortung übernehme.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd weist für die KPÖ PLUS darauf hin, dass Demokratie geübt werden müsse, anders als bei Sport oder Führerschein, für die vorher geübt werde, passiere das bislang zu wenig. Von Jugendlichen könne dann nicht verlangt werden, mit 16 Jahren bereits politisch urteilsfähig zu sein, wenn ihnen zuvor der Zugang zu demokratischen Strukturen weitgehend verwehrt werde. Zu befürworten sei der Vorschlag der Direktwahl der Landeschülerinnenvertretung, weil so demokratische Abläufe beginnend bei Information über wahlwerbende Gruppen, über den Informationsprozess bis zur Entscheidung in einem geschützten Rahmen erprobt werden könnten. Zugleich wünsche die Landeschülervertretung für ihre Mandate mehr politische Legitimation, diese Frage der Legitimation stelle sich auch in der „Erwachsenenpolitik“. Eine schulweite Wahl könne zudem bei allen Schülerinnen und Schülern Interesse an politischen Prozessen wecken, die Gewählten stärker legitimieren und möglicherweise auch jenen eine Stimme geben, die sonst mangels Staatsbürgerschaft von Wahlen ausgeschlossen seien. Durch regionale Beteiligungsprozesse würden Themen vor Ort, wie etwa in der Stadtgestaltung oder die Vielfalt politischer Mitbestimmung, wie etwa im Betrieb, in der Gemeinde und im Rahmen von Interessens- oder Bürgerinnenvertretungen erfahrbar. Aus ihrer beruflichen Tätigkeit als Geschichtslehrerin berichtet Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd, dass reine Institutionenkunde wenig verständlich und langweilig sei. Schülerinnen und Schüler bräuchten konkretes Wissen über Mitwirkungsmöglichkeiten wie Demonstrationen, Petitionen oder Vereine. Insgesamt könne der Antrag vollumfänglich unterstützt werden. Demokratie müsse gelernt werden, denn sie entstehe nicht automatisch mit dem Erreichen eines bestimmten Alters.

Für die SPÖ spricht Abg. Egger-Kranzinger die volle Zustimmung zum und den Dank für den beratungsgegenständlichen Antrag aus. Aus seiner beruflichen Tätigkeit als Bürgermeister berichtet Abg. Egger-Kranzinger, dass er gern mit Schulklassen ganz konkret Bedeutung, Herkunft und Verwendung der für politische Maßnahmen notwendigen Mittel diskutiere. Parlamentarische Werkzeuge wie Jugendgemeinderäte und partizipative Budgets stünden hier zur Verfügung. In der eigenen Stadtgemeinde befinde sich gerade ein entsprechendes Modell in Entwicklung. Vorgesehen seien etwa Mitbestimmung per Umfrage unter 14- bis 18-Jährigen oder die Arbeit eines Jugendgemeinderats, der wie beim Jugendlandtag an einem Wochenende berate, Mehrheiten suche und die Vorschläge an Gemeinde- oder Stadtrat herantrage. In den Gemeinden würden Erfolge rasch sichtbar werden, auch die Arbeit auf anderen parlamentarischen Ebenen zu Zukunftsfragen wie Pensions- und Altersvorsorge oder Gesundheitssystem sei wichtig. Abg. Egger-Kranzinger kündigt für die SPÖ einen Entschließungsantrag an.

Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann bedankt sich für die ÖVP bei den Teilnehmenden des Salzburger Jugendlandtags 2025 für die Anträge und erinnert hinsichtlich des beratungsgegenständlichen Antrags an die zahlreichen Angebote. Gerade um Wahlen herum gebe es immer Möglichkeiten des Austausches zwischen Politik und Jugend, allerdings sei dies nur alle fünf Jahre der Fall. Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann kündigt für die ÖVP einen Entschließungsantrag an, wonach das

bestehende Workshop-Angebot des Salzburger Landtags aufrechterhalten und möglichst ausgebaut werden solle, zumal es Zielgruppen von der Volksschule bis ins Erwachsenenalter abdecke. Weiters sollten die Landtagsführungen den Schulen erneut aktiv bekannt gemacht werden, da das vorhandene Angebot noch zu wenig genutzt werde. Unabhängig von Wahlterminen solle geprüft werden, ob Jugenddiskussionen mit Abgeordneten in den Bezirken regelmäßig möglich seien, weil diese Formate erfahrungsgemäß stark nachgefragt würden und sonst vielen Jugendlichen entgingen.

Für die GRÜNEN bedankt sich Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA für den beratungsgegenständlichen Antrag. Der Jugendlandtag sei glücklicherweise mittlerweile unumstritten und eine von allen geschätzte Institution. Die Idee einer Austragung auf Bezirksebene werde daher unterstützt. Die Direktwahl der Landesschülerinnenvertretung sei eine langjährige Forderung auch der GRÜNEN. Hier wäre mehr an Beteiligung möglich, die derzeit nur die Schulsprecherinnen erfasse. Dieses Wagnis sollte eingegangen werden. Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA kündigt die Unterstützung der Entschließungsanträge von ÖVP und SPÖ an.

Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA hält für die FPÖ fest, dass es um das Mitwirken und das Verstehen politischer Entscheidungsprozesse gehe. Angebote zur Jugendbeteiligung gebe es bereits sowohl auf Gemeinde- als auch auf Landesebene. Eine Ausdehnung des Angebots auf Bezirksebene könne geprüft werden. Die Integration der bestehenden Angebote der Bildungsdirektion ab der 8. Schulstufe in den Unterricht obliege den Schulen. Die Zusammenarbeit zwischen Bildungsdirektion und Schule solle weiter gepflegt und auf das bestehende Angebot noch einmal hingewiesen werden.

Zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Clara Breinlinger, Maria Schneider, Franz Fossler, Clemens Dürauer, Catharina Hartl, Theresa Hofer, Hanna Daxer und Azra Evli betreffend Inkludierung der Jugend in politische Prozesse bringt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landtagspräsidentin wird beauftragt,

1. das Workshopprogramm des Salzburger Landtages aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit weiter auszubauen;
2. die Direktionen der Bildungseinrichtungen und die Lehrkräfte erneut auf das vorhandene Angebot des Salzburger Landtages aufmerksam zu machen;
3. eine Umsetzung von Jugenddiskussionen mit Mitgliedern des Salzburger Landtages in den einzelnen Bezirken zu prüfen.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 3 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Inklusive Gesellschaften“, Clara Breinlinger, Maria Schneider, Franz Fossler, Clemens Dürauer, Catharina Hartl, Theresa Hofer, Hanna Daxer und Azra Evli betreffend Inkludierung der Jugend in politische Prozesse bringt Abg. Egger-Kranzinger für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird aufgefordert,

1. Programme wie Schulparlamente, Jugendbeteiligungsprojekte und Besuche in politischen Institutionen flächendeckend auszubauen und finanziell abzusichern und
2. im Sinne der politischen Bildung von allen Salzburger Jugendlichen diesbezügliche Kooperationen mit Jugendorganisationen, NGOs und ExpertInnen aus Wissenschaft und Praxis zu intensivieren.

Dieser Entschließungsantrag wird mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gegen die Stimmen von SPÖ, KPÖ PLUS und GRÜNEN - sohin mehrstimmig - abgelehnt.

Zu Antrag 6 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Paul Rößlhuber, Jonas Hecht, Thomas Rummerstorfer, Elisabeth Quehenberger, Simon Panzer und Lena Öppinger betreffend verantwortlichen Umgang mit Social Media fördern, verweist Abg. Egger-Kranzinger für die SPÖ darauf, dass auf Maßnahmen von Vizekanzler Babler und der Bundesministerin für Frauen, Wissenschaft und Forschung Holzleitner BSc hinsichtlich Straftaten in diesem Bereich bereits Schritte in die richtige Richtung gesetzt worden seien. Zugleich erzeugten Soziale Medien Risiken, die nicht in die Eigenverantwortung abgegeben werden könnten. Alle staatlichen Ebenen seien zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor KI- oder Social-Media-Algorithmen aufgerufen. Er selbst erlebe, wie leicht Social-Media-Plattformen die Aufmerksamkeit der Nutzerinnen und Nutzer gezielt binden würden und wie wichtig es sei, Inhalte kritisch zu hinterfragen. Hinterfragt werden müsse, welche Inhalte, welches Welt- und Idealbild Jugendlichen dort präsentiert und vorgeschlagen werde. Abg. Egger-Kranzinger kündigt einen Entschließungsantrag an, wonach die Landesregierung das Angebot der vom Land geförderten Schulworkshops zu verantwortungsvoller KI- und Social-Media-Nutzung sowie zu reflektiertem Konsumverhalten ausbauen und inklusive Aufklärung über die Funktionsweise von Algorithmen möglichst gebührenfrei bereitstellen solle.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd erinnert für die KPÖ PLUS daran, dass psychische Gesundheit in Verbindung mit Sozialen Medien ein Dauerbrenner in Schüler:innenparlamenten und im Jugendlandtag sei. Es sei sehr problematisch, dass Körperbilder, Geschlechterrollen, Stereotypen und Gewaltvideos auch für sehr junge Kinder ungefiltert auf mobilen Endgeräten abrufbar seien. Ein Handyverbot in Schulen sei sehr gut und notwendig, um zumindest einige Stunden am Tag Kindern und Jugendlichen einen Freiraum zu geben, sich auf etwas anderes konzentrieren zu können. Ein Verbot ohne begleitende Bildungs- und Aufklärungsmaßnahmen über die Verlässlichkeit und Exploitativität von Algorithmen und KI sei jedoch unzureichend, wobei sich die Frage stelle, wie gut Lehrkräfte hierfür ausgebildet seien und dieses Wissen adäquat vermitteln könnten. Hier bedürfe es noch erheblicher Anstrengungen. Die großen Technologiekonzerne sollten dabei angesichts hoher Gewinne Verantwortung übernehmen und sich an den Kosten der Bewältigung negativer Folgen beteiligen, statt diese der Gesellschaft zu überlassen. Auch Erwachsene nutzten Soziale Medien häufig nicht vorbildlich, etwa durch unsachliche Kommentarkultur oder das unreflektierte Teilen zweifelhafter Inhalte.

Junge Eltern müssten über mögliche Schäden durch digitale Mediennutzung bei Kindern aufgeklärt werden.

Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA erinnert für die GRÜNEN an einen einstimmigen Ausschussbericht der Vorwoche zu Missbrauch im Netz durch Deepfake-Videos. Betroffen seien zu rund 99 % Frauen, 98 % der Inhalte seien pornografisch. Es handle sich um eine neue Form digitaler Gewalt gegen Mädchen und Frauen. Notwendig seien Schulungen für Jugendliche ebenso wie für Lehrkräfte und alle, die mit jungen Menschen arbeiteten. Präventions- und Awareness-Maßnahmen an Schulen sollten verstärkt werden. Auch Justiz und Exekutive müssten sensibilisiert werden, da trotz neuer Gesetzgebung etwa gegen das Versenden von Dickpics noch zu wenige Verurteilungen erfolgten, selbst bei Geständnissen. Angesichts der Dynamik neuer Technologien sei Unterstützung für junge Menschen wie für Fachkräfte notwendig. Akzente Salzburg biete bereits Deepfake-Schulungen an, deren Ausbau sinnvoll wäre. Kritisiert werde zudem der von Bundesministerin für Europa, Integration und Familie Bauer angekündigte Förderstopp für die einzige Beratungsstelle gegen Hass im Netz, den Verein ZARA, der zugleich Meldestelle sei. Der Wegfall der Finanzierung ab dem kommenden Jahr gelte als massiver Rückschlag und stehe im Widerspruch zu öffentlich bekundeten Absichten, Hass im Netz zu bekämpfen, zumal der Landtag gerade erst einstimmig zu Deepfakes entschieden habe. Für den Schutz psychischer Gesundheit und einen verantwortungsvollen Umgang mit Sozialen Medien sei es unerlässlich, dass Betroffene eine Anlaufstelle mit Beratung und Information zu weiteren Schritten hätten. Vor diesem Hintergrund werde der Förderstopp scharf kritisiert, zumal ZARA seit 2018 gefördert und in Maßnahmenplänen verankert sei.

Für die ÖVP begrüßt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann die Lösung auf Bundesebene. Es gehe nicht nur um das Verbot, sondern auch um Prävention und um Workshop-Angebote. Zu Antrag 6 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Paul Rößlhuber, Jonas Hecht, Thomas Rummerstorfer, Elisabeth Quehenberger, Simon Panzer und Lena Öppinger betreffend verantwortlichen Umgang mit Social Media fördern bringt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht,

1. die Salzburger Schulen, unter Hinweis auf das bestehende Workshop-Angebot und die zugrundeliegenden Lehrpläne, auf die Dringlichkeit des Themas aufmerksam zu machen;
2. weiterhin entsprechende Projektideen nach finanziellen Möglichkeiten zu unterstützen;
3. die Bildungsangebote für Erwachsene zum verantwortungsvollen Umgang mit digitalen Medien weiterhin gezielt auszubauen.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 6 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Psychische Gesundheit und Wohlbefinden“, Paul Rößlhuber, Jonas Hecht, Thomas Rummerstorfer, Elisabeth Quehenberger, Simon Panzer und Lena Öppinger betreffend verantwortlichen Umgang

mit Social Media fördern bringt Abg. Egger-Kranzinger für die SPÖ folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, das Angebot an vom Land Salzburg geförderten Schulworkshops zu verantwortungsvoller KI- und Social-Media-Nutzung, zum reflektierten Konsumverhalten sowie zur Aufklärung über die Funktionsweise von Algorithmen in sozialen Medien auszubauen und möglichst gebührenfrei anzubieten.

Dieser Entschließungsantrag wird von Abg. Egger-Kranzinger jedoch wieder zurückgezogen.

Zu Antrag 8 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“, Noah Floredo und Clemens Hager betreffend Bildungs- und Förderprogramme innerhalb der Schule führt Themengruppensprecher Matthias Herzog aus, es gehe um Europa, und das gehe alle an. Ein Zitat besage, eröffne sich der menschliche Geist erst einmal einer neuen Idee, kehre er niemals zu seiner alten Dimension zurück. Die europäische Idee sei eine solche Idee, die den Menschen auf diesem Kontinent in den letzten Jahren ein Leben in Freiheit, Wohlstand und Demokratie ermöglicht habe. Das europäische Projekt sei kein politisches Konstrukt der Vergangenheit, sondern ein Versprechen für die Zukunft. Das Wissen über Europa und seine Institutionen, die ein Leben in Sicherheit ermöglicht hätten, gehe verloren. Es mangle dabei nicht am Enthusiasmus der Schülerinnen und Schüler oder am Engagement der Lehrkräfte. Es mangle schlicht und ergreifend an den Ressourcen und am Rüstzeug. Der Antrag fordere eine einfach bedienbare Plattform zur Buchung von EU-Expertinnen und Experten zu verschiedenen EU-Themen für Vorträge in Schulen. In Fortbildungen und Konferenzen für Lehrkräfte, das Herzstück der österreichischen Bildung, solle auf die Wichtigkeit des Themas und die Workshopmöglichkeiten hingewiesen werden. Schließlich solle das Land auf die Durchführung eines EU-Workshops im Zuge der Projektwoche der letzten Schulwoche hinwirken.

Für die KPÖ PLUS führt Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd aus, es sei notwendig, spezifische Angebote zur EU-Bildung zu schaffen und Inhalte vom Formalistischen auf die Lebenswelt der Schülerinnen und Schüler herunterzubrechen und Möglichkeiten und Freiheiten greifbar zu machen. Zugleich müsse auch eine kritische Auseinandersetzung etwa über die Verwässerung von Gesetzesvorschlägen durch Lobbyismus stattfinden. Die Notwendigkeit der EU für große, national nicht lösbare Fragen solle genauso gezeigt werden wie berechtigte Kritik. Schülerinnen und Schüler sollten das Rüstzeug erhalten, sich eine eigene Meinung zu bilden. Unterstrichen werde die Bedeutung Europas auch mit Blick auf die demokratische Legitimation, zumal die Wahlbeteiligung bei Europawahlen niedrig sei, weil die EU abstrakter wirke. Mehr Wissen über die EU gelte daher als klar unterstützenswert.

Abg. Dr.<sup>in</sup> Klausner-Austaller bedankt sich für die SPÖ für den beratungsgegenständlichen Antrag und berichtet von zahlreichen überfraktionellen Schuldebatten, die sie als Europasprecherin und frühere Spitzenkandidatin in der EU-Wahl quer durch Salzburg geführt habe. Es gebe bereits sehr viele Europeangebote. Der europapolitische Gedanke sei wichtig und der Enthusiasmus junger Menschen für Europa begrüßenswert. Gleichzeitig seien Doppelgleisigkeiten zu vermeiden und bestehende Formate wie etwa die European Future Talks, Besuche in

EU-Institutionen und Aktivitäten der Europaabgeordneten in den Bezirken zu bündeln. Die Finanzierung sei stets mitzudenken, die Grundidee des Antrags und seine Intention würden jedenfalls inhaltlich unterstützt.

Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA führt für die GRÜNEN aus, die Partei verstehe sich als proeuropäisch, auch wenn sie anfangs bei der Abstimmung über den österreichischen EU-Beitritt kritisch gewesen sei. Die EU habe zahlreiche Verbesserungen gebracht, nicht nur in der Frauenpolitik, sondern als Sozial- und Wirtschaftsunion sowie als Treiber für Energieausbau, Klimaschutz, Nachhaltigkeit und Naturschutz. Klare EU-Vorgaben für Mitgliedstaaten machten manchen Parteien Schwierigkeiten, sie seien jedoch zentrale Impulse zur Zukunftssicherung, etwa bei Beschleunigungsgebiete für erneuerbare Energien, Gebäudesanierungen, Klimaschutzmaßnahmen und die Renaturierungsverordnung. Die Zustimmung durch Ministerin Gewessler dazu sei kontrovers diskutiert worden, aber für Natur und Lebensgrundlagen bedeutsam gewesen. Der ursprünglich starke Green Deal sei abgeschwächt worden und über Omnibus-Verfahren würden Richtlinien gelockert und Übergangsfristen verlängert. Zugleich zeige sich in Europa eine sehr lebendige Demokratie, zu deren Entscheidungen man auch kritisch Stellung beziehe und eigene Haltungen einbringe. Das Interesse der Jugend an europäischer Politik und das Einfordern von Informationen auf EU-Ebene sei sehr zu begrüßen.

Für die ÖVP weist Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann auf die Stellungnahmen aus dem Amt der Landesregierung über das bereits existierende Angebot hin, etwa das Europabüro und Europe Direct mit vielfältigen Schulangeboten wie Video- und Kreativwettbewerben, bei denen Jugendliche ihre Sicht auf die EU einbrächten. Positiv bewertet werde, dass solche Formate intensive Auseinandersetzung und künstlerische Zugänge ermöglichten. Zu Antrag 8 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Die EU mit der Jugend zusammenbringen“, Noah Floredo und Clemens Hager betreffend Bildungs- und Förderprogramme innerhalb der Schule bringt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht, die Lehrkräfte und Schulen verstärkt auf die Schulprojekt- und Fortbildungsmöglichkeiten in Bezug auf Europa- und EU-Bildungsthemen sowie auf die EU-Programme des Landes Salzburg hinzuweisen und teilnahmeinteressierte Schulen und Lehrkräfte weiterhin zu fördern.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 9 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Nachhaltiges, grünes Europa“, Hannah Heinrich, Caprice C. Röhm, Marie-Christin Grünwald, Evelyn Doppler, Zsolt Varga und Augustin-Iliuta Prundeanu-Munteanu betreffend Landwirtschaft - Verkehr - Abfall führt Themengruppensprecherin Hannah Heinrich aus, dass umfangreiche Lebensmittelimporte nach Salzburg Umweltbelastungen durch Emissionen des Fern- und Schwerverkehrs sowie durch Verpackungsmüll und Supermarktüberschüsse verursachten, obwohl die heimische Landwirtschaft hochwertige, nachhaltige Produkte bereitstelle. Regionale Produktion stärke Bewusstsein, Qualität und Nachhaltigkeit durch kurze Wege, weniger Abfall

und geringere Emissionen. Gefordert werde die Förderung der heimischen Landwirtschaft durch die Unterstützung der Errichtung von Dorfläden, Hofläden und Foodcoops, durch die Ermöglichung von mehr regionalen Märkten und durch Senkung der Standplatzgebühren. Hier sei eine Vereinbarung mit den jeweiligen Gemeinden nötig. Weiters solle durch Erstellung eines Förderkatalogs, mit Anreizen für Landwirte, mehr Angebot im Bereich der Produktion von nachhaltigen biologischen Lebensmitteln im regionalen Markt in den Umlauf gebracht werden. Auch sollten die Gemeinden angeregt werden, Anreize für die Konsumentinnen und Konsumenten zu schaffen, das regionale Produktangebot in Anspruch zu nehmen. Nahezu abgelaufene Lebensmittel sollten verwertet bzw. sozialen Zwecken zugeführt werden. Auf einer Landkarte der Nachhaltigkeit auf der Website des Landes Salzburg sollten Dorfläden, Hofläden und Märkte eingetragen werden, um nicht nur der heimischen Bevölkerung einen Überblick zu verschaffen, sondern auch Touristinnen und Touristen Anreiz zu bieten, regionale Märkte aufzusuchen.

Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA weist für die GRÜNEN darauf hin, dass der Antrag viele zuletzt behandelte Themen betreffend die Förderung heimischer, biologischer Landwirtschaft aufgreife, wie etwa den Einsatz regionaler und biologischer Lebensmittel in Landes-, Schul- und Betreuungskantinen. Dort sei man zwar auf gutem Weg, jedoch fehle weiterhin ein klares Commitment zur nachhaltigen Beschaffung, etwa in Form verbindlicher Quoten nach Bundesvorgaben, wofür die Regierungsfractionen bislang nicht zu gewinnen gewesen seien. Falsch sei die wiederkehrende Behauptung, Großküchen könnten nicht ausreichend mit Bio-Lebensmitteln versorgt werden. Gespräche mit Großküchen, Biogast und Bio Austria sowie Beispiele aus Oberösterreich und Wien zeigten, dass 100 % Bio-Lieferungen möglich seien. Die Forderung der Jugendlichen nach mehr qualitativen, gesunden Bio-Lebensmitteln sei ernst zu nehmen, zumal es neben Tierwohl- und Betriebsaspekten auch gesundheitliche Vorteile gebe, die etwa durch Mikrobiom-Forschung belegt würden. Die Stärkung von Hof- und Dorfläden sowie Foodcoops, die Ausweitung regionaler Märkte, Initiativen wie Too Good To Go und die Tafel sowie die Erstellung einer Landkarte der Nachhaltigkeit, anknüpfend an bestehende Salzburger Projekte und erweitert um fair gehandelte Produkte und Verantwortung gegenüber Produzentinnen und Produzenten im globalen Süden würden unterstützt.

Für die FPÖ unterstreicht Abg. Dipl.sc.pol.Univ. Maier BA die Themen des Antrags Regionalität, Direktvermarktung und Stärkung des Bauernstandes. Die FPÖ habe die Abg. Költringer, einen Biobauern im Flachgau, und Ing. Zuckerstätter, einen Bio-Heumilchbauern im Tennengau in ihren Reihen. Er selber habe die Landwirtschaftliche Fachschule in Kleßheim besuchen dürfen. Die FPÖ unterstütze diese Forderungen, soweit sie in den Verantwortungsbereich von FPÖ-Regierungsgliedern fielen.

Für die ÖVP verleiht Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann ihrer Freude darüber Ausdruck, dass sich der Salzburger Jugendlandtag 2025 mit Herkunft, Produktion und Qualität von Lebensmitteln sowie gesunder Ernährung auseinandergesetzt habe. Am Ende des Tages entscheide der Konsument. Wenn gewisse Lebensmittel nicht mehr nachgefragt würden, gebe es sie bald nicht mehr. Aus Bequemlichkeit oder wegen des niedrigeren Preises würden dann oft doch Supermarktprodukte gekauft. Hofläden seien wichtige Nahversorger, auch am Land, weil sie

direkt, einfach und oft noch kostengünstig anbieten. Hinzuweisen sei auf bestehende Übersichten wie „Salzburg schmeckt“, die Hofläden auffindbar machten. Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann kündigt einen Entschließungsantrag an, wonach die Errichtung von Hofläden und die bäuerliche Direktvermarktung weiterhin unterstützt, über die bestehenden Angebote bestmöglich informiert, und die Gemeinden gleichzeitig darauf hingewiesen werden sollten, dass es die Möglichkeit gebe, die Standgebühren zu senken oder nicht vorzuschreiben.

Abg. Egger-Kranzinger betont für die SPÖ die Einigkeit über die Bedeutung von Regionalität und Saisonalität, entscheidend sei deren praktische Umsetzung in Schulküchen und Seniorenwohnhäusern. Die Kostenfrage und Zahlungsbereitschaft der öffentlichen Hand müssten mitbedacht werden, da Qualität ihren Preis habe. Gestiegene Lebenshaltungskosten setzten Kaufgrenzen. Händlern und Produzenten auf Wochenmärkten sei trotz des Aufwands zur Teilnahme geraten. Standgebühren könnten verhandelt werden und begleitendes Marketing wie etwa in Neumarkt und Köstendorf unterstütze wesentlich. Kommunales Engagement wie die unentgeltliche Bereitstellung von Räumen für Foodcoops sei zu begrüßen.

Für die KPÖ PLUS bedankt sich Abg. Mag. Eichinger bei den Teilnehmenden für den beratungsgegenständlichen Antrag. Lebensmittel seien eine wertvolle Ressource, die nicht weggeworfen, sondern über Initiativen wie Too Good To Go oder Tafeln weiterverwertet werden sollten. Krisen und hohe Energiepreise zeigten, wie wenig selbstverständlich gesunde, regionale und ausreichende Lebensmittel seien. Salzburg und Österreich seien hier privilegiert und dem müsse Rechnung getragen werden. Zur bestehenden Wertschätzung durch Unterstützung der Bäuerinnen und Bauern solle es für Konsumentinnen und Konsumenten, die Produktionskosten nicht tragen könnten, zumindest in öffentlichen Einrichtungen mit passenden Modellen eine Entlastung geben.

Zu Antrag 9 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Nachhaltiges, grünes Europa“, Hannah Heinrich, Caprice C. Röhm, Marie-Christin Grünwald, Evelyn Doppler, Zsolt Varga und Augustin-Iliuta Prundeanu-Munteanu betreffend Landwirtschaft - Verkehr - Abfall bringt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann für die ÖVP folgenden Entschließungsantrag ein:

Die Salzburger Landesregierung wird ersucht,

1. weiterhin die Errichtung von Hofläden und die bäuerliche Direktvermarktung zu unterstützen sowie über die bestehenden Angebote bestmöglich zu informieren,
2. die Gemeinden über den Vorschlag der Senkung der Standplatzgebühren - welche im Gestaltungsbereich der Gemeinden liegen - zu informieren.

Dieser Entschließungsantrag wird einstimmig angenommen.

Zu Antrag 10 des Jugendlandtages 2025 vom 11. November 2025 aus der Gruppe „Nachhaltiges, grünes Europa“, Simon Lederer, Paul Maier, Tabea Möschl, Svajone Lambauer, Laura Fischbacher, Oskar Claassen betreffend Verkehr und Tourismus führt

Themengruppensprecherin Tabea Möschl aus, dass der Tourismus in Salzburg insbesondere in Pinzgau, Pongau und der Stadt Salzburg Verkehr, Staus, Lärm und Luftverschmutzung stark erhöhe, die Lebensqualität der Bevölkerung mindere und zusätzliche Bodenversiegelung durch Pkw-Abhängigkeit sowie Parkplatzbedarf verursache. Gefordert würden vier Maßnahmen, erstens der Ausbau und die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs regional und überregional durch lebensweltnähere Taktungen, Nachtbusse, bessere Erreichbarkeit ländlicher Räume und Busspuren auch auf Landstraßen, zweitens die Anregung an Gemeinden, autofreie Zonen in Ortskernen einzurichten, drittens der Ausbau von Radwegen und Radverleih und viertens ein gesetzlicher Ausgleich für Flächenversiegelung, auch durch Kompensation an anderer Stelle. Diese Schritte sollten Emissionen deutlich senken, Versiegelung reduzieren, das Landschaftsbild bewahren und die Lebensqualität erhöhen.

Für die GRÜNEN begrüßt Abg. Heilig-Hofbauer BA MBA den beratungsgegenständlichen Antrag. Im Mobilitätsbereich sei parteiübergreifend bereits vieles gelungen, sodass die Forderungen auch als Bestärkung bisheriger Maßnahmen verstanden werden könnten. Politische Differenzen zeigten sich jedoch bei konkreten Verkehrsberuhigungen, etwa in der Salzburger Altstadt, wo trotz Widerstands nun große, überfällige Schritte gesetzt würden. Am Beispiel Mozartplatz werde sichtbar, wie sich Sichtweisen änderten. Einen großen Parkplatz wie in den 1950er/60er-Jahren wolle heute niemand mehr. Solche Maßnahmen trügen, wie zum Raumordnungsbericht diskutiert, zur Belebung von Innenstädten und Ortszentren sowie zu höherer Aufenthaltsqualität bei und müssten gegen Widerstände konsequent umgesetzt werden. Beim Radverleih sei nach jahrelanger Debatte die Umsetzung auf Schiene. Das System werde in der Stadt starten, gemeindeübergreifend auf Umlandgemeinden ausgeweitet und umfasse rund 60 - 70 Stationen mit über 600 Rädern. Insgesamt seien nun etliche Vorhaben unterwegs, die in die richtige Richtung wiesen, mit der Hoffnung, bald noch mehr davon zu realisieren.

Klubobfrau Abg. Hangöbl BEd weist für die KPÖ PLUS auf die Stellungnahme des Landesjugendbeirats hin, worin der Begriff der Mobilitätssozialisation verwendet werde. Wer früh lerne, öffentliche Verkehrsmittel, das Fahrrad oder den Fußweg zu nutzen, weil Angebot, Schnelligkeit, Bequemlichkeit und Sicherheit stimmten, behalte diese Gewohnheiten auch mit Führerschein eher bei. Plausibel sei daher, dass ein solcher Antrag von Jugendlichen komme, da sie auf Öffis angewiesen seien. Aufgabe des Landtags sei es, die Angebote so attraktiv zu machen, dass ein späterer Umstieg aufs Auto unnötig werde. Radfahren sei in der Stadt oft am praktischsten, scheide mit kleinen Kindern oder bei längeren, stadtauswärtigen Strecken aber wegen Sicherheitsrisiken vielfach aus. Im ländlichen Raum führten fehlende sichere Radwege dazu, dass selbst kurze Wege mit dem Auto zurückgelegt würden. Positiv zu bewerten sei das Klimaticket als Schritt in die richtige Richtung, abseits der Hauptachsen bleibe der öffentliche Verkehr jedoch zu wenig attraktiv, sodass die Entscheidung für das Auto für viele verlockend sei. Daraus folge der Befund, dass weiterer Handlungsbedarf bestehe.

Abg. Dr.<sup>in</sup> Klausner-Austaller bedankt sich für die SPÖ für den wichtigen Antrag. Als Mobilitätssprecherin sei ihr der Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein zentrales Anliegen. Die

Anbindung ihrer Heimatgemeinde Bischofshofen sei gut, andere ländliche Regionen bräuchten jedoch einen stärkeren Ausbau. Ein bereits vor Jahren eingebrachter Antrag für einen Salzburg-Takt habe ein Thema angesprochen, dass nach wie vor sinnvoll sei. Zwar sei vieles attraktiver geworden, es gebe aber noch blinde Flecken und der Öffentliche Verkehr biete noch nicht durchgängig Bedingungen, die einen reibungslosen Umstieg vom Auto ermöglichen. Problematisch seien insbesondere Anschlussverbindungen. Verspätungen beim Zug und nicht wartende Busse frustrierten Fahrgäste. Verbesserungsbedarf bestehe auch bei Radwegen, insbesondere bei Sicherheit und Lückenschlüssen.

Für die ÖVP berichtet Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann aus ihrer Erfahrung als Rennradfahrerin, dass Radwege am Land in puncto Familienfreundlichkeit teils besser seien als in der Stadt. Während innerstädtisch das Fahren zwischen Autos bedrängend wirken könne, gebe es außerhalb oft baulich getrennte Alternativrouten auf alten Landstraßen, etwa Richtung Oberndorf, die ohne Hauptstraßen auskämen. Interessant seien die in den Stellungnahmen ausgewiesenen bestehenden und geplanten Radwegkilometer. Positiv zu erwähnen sei das gut besuchte Vernetzungstreffen Radverkehr mit über 100 Teilnehmenden, bei dem sich Kommunen über bessere Radverkehrslösungen ausgetauscht hätten. Deutlich geworden sei, dass unterschiedliche Nutzergruppen wie etwa Pendlerinnen und Pendler, Erholungssuchende, Familien sowie Sport- und Mountainbiker, verschiedene Bedürfnisse hätten. Als zweites Thema sei auf die vor einem Jahr eingeführte Gästekarte hinzuweisen. Deren Mittel finanzierten in touristisch starken ländlichen Regionen zusätzliche Angebote im Öffentlichen Verkehr, wovon auch Einheimische profitierten. Das Modell sei österreichweit einzigartig und werde bewundert. Verkehr im Zusammenhang mit Tourismus bleibe eine Daueraufgabe, die man nie endgültig lösen werde.

Auf Nachfrage von Klubobfrau Abg. Mag.<sup>a</sup> Berthold MBA sichert Klubobmann Abg. Mag. Mayer zu, dass bis zum nächsten Salzburger Jugendlandtag dem Landtag über den Stand der Umsetzung der berichtsgegenständlichen Entschlüsse berichtet werde.

Zur formalen Erledigung stellt Abg. Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann für die ÖVP den Antrag, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Der Petitionsausschuss stellt einstimmig den

Antrag,

der Salzburger Landtag wolle beschließen:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Salzburg, am 22. April 2026

Der Vorsitzende:

Mag. Eichinger eh.

Die Berichterstatterin:

Mag.<sup>a</sup> Jöbstl-Bichlmann eh.

**Beschluss des Salzburger Landtages vom 29. April 2026:**

Der Antrag wurde einstimmig zum Beschluss erhoben.